

Blühdorn, Ingolfur: Simulative Demokratie, 1. Aufl. Berlin 2013

I Demokratie in der (Dauer)Krise

„Was ich mit dem Begriff der simulativen Demokratie biete, ist also keine normative Leitidee, die an die Stelle eines erschöpften Demokratieverständnisses treten könnte oder soll, sondern eine [...] realistische Demokratietheorie, die mit einem analytisch-deskriptiven Ansatz versucht, zu fassen, was ist, nicht zu sagen, was sein soll.“ (57)

Krisensymptome

Festzustellen sind zwei Seiten eines beklagten Demokratiedefizits: Zum einen werden demokratische Normen, die z. B. durch die neuen sozialen Bewegungen wieder in die Debatte gebracht worden sind, zunehmend nicht mehr implementiert, zum anderen sind bestehende demokratische Strukturen zunehmend nicht länger funktional, um an die Politik als gesellschaftlichem Teilsystem herangetragene Probleme nachhaltig zu lösen. Letzteres betrifft die fehlende Nachhaltigkeit politischer Lösungen in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht. (19f.)

„Aus gleich mehreren Gründen wird die Politik daher fast unausweichlich immer weniger demokratisch und responsiv im Sinne der Protestbewegungen. Und der Verfall dessen, was die Demokratietheorie mit Fritz Scharpf (1970) [deutscher Jurist und Politikwissenschaftler (1935 –); M. G.] als Input-Legitimität bezeichnet, kann angesichts der Grenzen des Wachstums und der stetig steigenden gesellschaftlichen Komplexität auch immer weniger durch verbesserte Output-Legitimität ausgeglichen werden.“ (20)

Im Zuge dessen haben sich die Zielsetzungen von Protestäußerungen gewandelt: Galten Proteste der neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren vor allem der Wiedererlangung von staatsbürgerlicher Souveränität durch Partizipation, so sind sie heute eher Ausdruck der Überzeugung, dass Politik an sich sinnlos sei und Demokratie keine Perspektive biete oder sie sind Maßnahmen bürgerlicher Mittelschichten zur Verteidigung ihrer privilegierten und kaum nachhaltigen Lebensstile und deren ideologischen Rechtfertigungen. (vgl. 23f.)

Modernisierungstheoretische Begründung

Der beschriebene Wandel lässt sich modernisierungstheoretisch in drei Kategorien fassen:

- 1) der ersten, subjektzentrierten, Moderne
als Wandel zur Industriegesellschaft, die eine professionalisierte Verwaltung und institutionalisierte demokratische Verfahren hervorgebracht hat, und in der Herrschaft von weitgehend autonomen Eliten ausgeübt wird;
- 2) der zweiten, subjektzentrierten und emanzipatorischen, Moderne
als Aufbegehren der verwalteten und beherrschten Staatsbürger gegen Fremdbestimmung und fehlende politische Autonomie in der Industriegesellschaft, welches eine emanzipatorische Revolution und schließlich die weitgehende Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht hat;
- 3) der dritten, systemzentrierten und effizienzorientierten, Moderne
einer in Wohlstandsdemokratien sich zeigenden postdemokratischen Wende, nach deren Eintritt systemische Imperative verwaltet und exekutiert werden und zugleich Wohlstandsbürger

opportunistisch Partizipation simulieren, ohne systemische Imperative oder Verfahrensweisen zu thematisieren.

Während die erstgenannten Kategorien sich dadurch auszeichnen, dass das gesellschaftliche Subjekt, der Staatsbürger, Zentrum und treibendes Moment des Wandels ist, muss in der dritten das gesellschaftliche Subjekt anders definiert werden: Es wird nurmehr als funktionales bzw. dysfunktionales Objekt verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme gesehen, insbesondere dem hier interessierenden politisch-verwaltenden Teilsystem. Mithilfe des Begriffs der „dritten Moderne“ lässt sich daher die konstatierte (Dauer)Krise der Demokratie als funktional für das Gesamtsystem „Gesellschaft“ beschreiben [ohne auf normative Begründungen zurückgreifen zu müssen; M. G.]. (vgl. 48-56)

II Die Gegenposition: Demokratischer Optimismus

Das Konzept der dritten, systemzentrierten und effizienzorientierten, Moderne wird nicht ungeteilt als die heutige Wirklichkeit treffend beschreibendes aufgefasst; traditionell dominieren eher die Fortschreibungen der zweiten Moderne. Modernisierungstheoretiker mit eher optimistischer Demokratieperspektive wie Seymour M. Lipset, Ronald Inglehart oder Christian Welzel unterscheiden sich zwar in der jeweiligen Gewichtung von ökonomischen bzw. kulturellen Faktoren, die repräsentative demokratische Institutionen etablieren helfen und sie schließlich festigen. Gemeinsam ist ihnen jedoch die Einschätzung, dass Industrialisierung und Wohlstand schließlich einen kulturellen Wandel ermöglichen, der unabänderlich gefestigte repräsentative Demokratien hervorbringt, wenn auch ihre konkreten Formen und Verfahrensweisen spezifisch variieren mögen. (64f.)

Alternativer Hedonismus

Adressieren die „optimistischen“ Modernisierungstheoretiker also die Input-Legitimation moderner Demokratien durch stetige Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten, so finden sie allerdings keine Antwort auf sich abzeichnende Ressourcenknappheiten: Demokratie ist in den Konzepten der ersten und zweiten Moderne eine Funktion stetigen Wachstums. Kate Soper [britische Philosophin, (1943 –); M. G.] sieht in den sich in Wohlstandsgesellschaften entfaltenden hedonistischen, selbstzentrierten Lebensformen allerdings Potenzial zur Überwindung des Nachhaltigkeitsproblems: Der sich abzeichnende kulturelle Wandel führe zu einem „alternativen Hedonismus“ jenseits von Konsumismus und Wachstum, der im Gegensatz zu staatlich oder moralapostologisch verordnetem Puritanismus selbst gewählt sei. Daher stabilisiere sich die partizipative Demokratie auch ohne das Erfordernis ständigen Wachstums. (78f.)

Prozedurale Entpolitisierung und Kognitivierung

Die Gewährleistung der Output-Legitimation moderner Demokratien ist Ziel der Überlegungen von Verfechtern der deliberativen Demokratie wie z. B. Jürgen Habermas. Sie verweisen darauf, dass weitgehende Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger bzw. von Interessengruppen nicht ausreichen, um sachangemessene, eventuell sogar gerechte, politische Lösungen hervorzubringen. Es brauche daher Verfahrensweisen, die Informations- und Machtgefälle eibenen und ausschließlich die besseren Argumente zur Geltung bringen. Insoweit sollen politische Prozesse „entpolitisiert“ werden: Nicht begründete bzw. auf die Durchsetzung von Eigen- zulasten von Gemeinschaftsinteressen ausgerichtete Positionen sollen entlarvt und als nicht legitim gekennzeichnet werden. Zudem sollen politische Prozesse „kognitiviert“ werden: Perspektivwechsel, verständigungsorientierte Kommuni-

kation, Lernprozesse und schließlich Konsensfindung sind Stichworte, die entsprechende Erörterungsformen, so genannte „Diskurse“, d. h. herrschaftsfreie Dialoge, sowie die Haltung der Teilnehmenden beschreiben. Mehr oder weniger stillschweigend wird dabei vorausgesetzt, dass moderne Wohlstandsökonomien den Bürgern sowohl genügend materielle, zeitliche und Bildungsressourcen bieten und dass diese von den Bürgern auch genutzt werden, um sich diskursiv und partizipativ in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. (vgl. 86f.)

III Die postdemokratische Wende

„[D]ie modernistische Norm des autonomen Subjekts, die Kant aus dem cartesianischen denkenden Subjekt entwickelt hatte und die die bürgerlich-liberale Tradition in das identitäre Subjekt weiterentwickelt hat, kann als die Zentralkategorie der Demokratie überhaupt bezeichnet werden.“ (128) Daher sind, wie Inglehart und andere behaupten, insbesondere Prozesse der zweiten Moderne auch immer als Prozesse der Demokratisierung zu interpretieren. Jedoch verändern sich die autonomen Subjekte im Laufe ihrer Emanzipation, was wiederum auf die Idee der Demokratie zurückwirkt: Sie wird spezifisch transformiert. (vgl. 128f.)

Emanzipationen des gesellschaftlichen Subjekts

So „ist das der modernistischen Idee nach autonome Subjekt nahezu restlos vom Markt durchdrungen und vereinnahmt worden.“ (130)

„Zweitens ist das der modernistischen Idee nach identitäre Subjekt [...] abgelöst worden vom Ideal des vielschichtigen und flexiblen, also gerade nicht mit sich selbst identischen Subjekts.“ (132)

„Die [...] Idealvorstellung des identitären Subjekts ist mit all ihren Implikationen von Konsequenz, Selbstdisziplin, Prinzipientreue und Innerlichkeit [...] zur Belastung geworden. Sie beschneidet erheblich das Spektrum der Handlungsoptionen und die Möglichkeiten für die Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung.“ (133)

Hinsichtlich der demokratischen „Repräsentation zum Beispiel könnte man überspitzt sagen, dass nach der Verflüssigung und Verflüchtigung des identischen Subjekts letztlich gar nichts Greifbares und Stabiles mehr da ist, was im traditionellen Sinne des Wortes authentisch repräsentiert werden könnte.“ (134f.)

Während sich in postindustriellen Gesellschaften die zweite Moderne mit einhergehender emanzipatorischer Revolution entfaltet hat, haben sich in in beschleunigten und flüchtigen Gesellschaften der dritten Moderne die Subjekte der Demokratie von den damit einhergehenden Verpflichtungen emanzipiert: „Sie ergibt sich aus der Emanzipation von einem nunmehr als beschränkend empfundenen Demokratieideal [...].“ (149) Dies ist die Emanzipation zweiter Ordnung. (vgl. 144f. sowie 148f. und 149, Schaubild 3.3)

Postdemokratische Wende

In politischer Hinsicht resultiert aus der Emanzipation zweiter Ordnung die postdemokratische Wende, zu der

- aus der Perspektive der neuen Unterklasse, der Abgehängten, gehört, dass die Demokratie bzw. Beteiligung an ihr, keine Verbesserungen bietet,
- aus der Perspektive der erodierenden Mittelklasse gehört, dass Prozesse der Entsolidarisierung und wirtschaftlichen wie ideologischen Exklusion anderer Gruppen als unverhandel-

bar betrachtete Lebens- bzw. Konsumstile und Selbstverwirklichungsmuster zumindest eine Zeitlang perpetuieren können,

- aus der Perspektive von Regierenden gehört, dass Interessen nicht mehr erfolgreich repräsentiert, sondern Bürger höchstens aktiviert werden können, insoweit gesellschaftliche Verantwortung privatisiert werden muss; zugleich dazu gehört, dass aktive Bürger, die ihre (privaten) Interessen politisch artikulieren, die Effizienz des politischen Prozesses gefährden, der wissenschaftlich, ökonomisch oder rechtlich vorgefertigte government-outputs im Rahmen eines new public management hervorbringt. (vgl. 154ff.)

Anders als man vermuten könnte, verflüchtigen sich die Ansprüche der Wohlstandsbürger auf politische Mitbestimmung in der dritten Moderne nicht generell, sondern sie werden spezifisch, volatil (erratisch) und mit der Gesamtheit der aktiven Bürger inhaltlich umfassend.

Parteien und Regierende reagieren darauf, indem sie Politiken mit Marketingmethoden erforschen und verkaufen, ohne dass sie daraus ein konsistentes, eine jeweilige Wahl überdauerndes, Programm werden lassen. Beide Komponenten bilden das postdemokratische Paradox. (vgl. 162-166)

IV New Politics 2.0

Die Simulation von Demokratie nach der postdemokratischen Wende schließt regelmäßig abgehaltene Wahlen, gelegentliche Protestbewegungen sowie Politikerbekenntnisse zum Wählerwillen ein, auch wenn diese demokratischen Rituale auf zentrale Fragen der gesellschaftlichen Zukunft keinerlei Einfluss haben werden. Es handelt sich im Sinne Baudrillards [französischer Soziologe, 1929-2007; M. G.] um Simulationen, die als Zeichen ein nicht länger vorhandenes Authentisches ersetzen und ihre Begründung aus sich selbst ziehen, also selbstreferentiell sind. (176ff.)

[In einer massenmedial vermittelten Demokratie werden die demokratischen Rituale durch die Medien zum einen wahr und authentisch, zum anderen bedeutend: Weil in der massenmedial geschaffenen Hyperrealität über etwas berichtet wird, ist es existent, wahr und als Berichtetes authentisch. Das reale Ereignis wird nicht nur medial verdoppelt, sondern als Verdoppeltes real und eigenständig und kann selbst wiederum als Reales medial und politisch verwertet werden, der gesamte medial-politische Verwertungsprozess wird also selbstreferentiell; Klagen über vermeintliche Nähe von (Chef)Redakteuren der Massenmedien zu politischen Akteuren laufen deshalb ins Leere, s. u. Weil in den Medien über etwas berichtet worden ist, muss es bedeutend sein und die gesellschaftlichen Akteure müssen es in ihre Kommunikationen – die öffentliche Sprechakte darstellen, also kommunikatives, zumeist strategisches und nicht verständigungsorientiertes Handeln – bzw. ihr politisches Handeln einbeziehen; der medial-politische Verwertungsprozess wird also nicht nur selbstreferentiell, sondern zudem autopoietisch. M. G.]

Simulative Demokratie

„Simulative Demokratie ist also die Produktion und Reproduktion von Diskursen, Narrativen und gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen, in denen jenseits der postdemokratischen Wende Normen, Wertorientierungen und Zukunftsperspektiven inszeniert und kultiviert werden, die für das demokratische Projekt der zweiten Moderne konstitutiv waren, denen in der dritten Moderne aber nicht minder gewichtige inkompatible Wertorientierungen gegenüberstehen. Die simulative Demokratie schafft Erlebnis- und Handlungsräume, in denen Individuen, kollektive Akteure und die Gesellschaft insgesamt sich als etwas darstellen und erfahren können – eben als autonome bzw. souveräne Subjekte –, wovon sie sich mit der Emanzipation zweiter Ordnung eigentlich befreit haben, was sie aber doch auch vehementer denn je einfordern. Wo die Demokratie auf eine Norm verwies, die dem

gültigen Selbstverständnis der Bürger entsprach, die aber in der Praxis noch nicht umgesetzt war, konnte sie als symbolisch bezeichnet werden. Als simulative Demokratie aber inszeniert sie die Gültigkeit einer Norm, die eigentlich dem vorherrschenden Subjektivitätsverständnis der Bürger nicht mehr entspricht und die auch nicht mehr wirklich umgesetzt werden, aber doch auch auf keinen Fall aufgegeben werden soll.“ (178)

Mit einem Begriff von Marx wird in einer simulativen Demokratie also ‚falsches Bewusstsein‘ produziert, allerdings nicht als Herrschaftsinstrument, sondern als Selbst-Legitimation der verschiedensten gesellschaftlichen Akteure. Versuche kritischer Gesellschaftstheoretiker, manipulative Verblendungs- und Verblödungsstrategien gesellschaftlicher Eliten zu entlarven und somit zu überwinden, laufen daher ins Leere: Sie finden keinen Adressaten, das vermeintlich aufzuklärende autonome und mit sich selbst identische Subjekt der zweiten Moderne existiert nicht mehr. (vgl. 179f.)

Die simulative Demokratie ist in einer postdemokratischen Gesellschaft unverzichtbar,

1. „weil die postdemokratischen Bürger sich weiterhin als selbstbestimmte Subjekte und demokratischer Souverän erleben wollen“,
2. „weil das politische Geschehen und die gesellschaftliche Ordnung der Legitimation bedürfen“,
3. „weil der hier als postdemokratische Wende beschriebene Werte- und Kulturwandel unvermeidlich in sich verschärfende soziale Konflikte führt, die mithilfe postdemokratischer governance-Strukturen effektiv unter Kontrolle gehalten werden können“. (184)

„Ebenso wie die postdemokratischen Normen und Formen der Partizipation und Repräsentation gehört die postdemokratische rekonfigurierte Legitimation zu den konstitutiven Elementen der simulativen Demokratie.“ (229)

Postdemokratische Partizipation

Das Erleben von Selbstbestimmung und demokratischer Souveränität findet auch in einer postdemokratischen Gesellschaft über Partizipation statt, allerdings ist diese spezifisch.

- Aus der Perspektive der sich grundsätzlich an postdemokratischen Prozessen beteiligen wollenden erodierenden Mittelklasse bietet die simulative Demokratie zunächst Entlastung: Angesichts steigender Komplexität sowohl der politischen Entscheidungsvorgänge als auch des privaten Lebensmanagements bei zugleich sich ausbreitender normativer Unsicherheit ist es funktional, politische Entscheidungsprozesse an professionelle Dienstleister wie Parteien und ihre Berufsfunktionäre, Politiker und Politikbeobachter sowie an eine professionell arbeitende Verwaltung zu delegieren. Beteiligung im Rahmen dieser New Politics 2.0 findet folgerichtig nur innerhalb vorgegebener gesellschaftlicher Ordnungen statt – politics werden weder thematisiert noch wird systemkritisch opponiert –, sie erfolgt aus je individuellem Antrieb zu konkreten Anlässen bzw. Themenbereichen und zumeist sporadisch, projekthaft und nicht als langfristiges commitment in einer Institution als gesellschaftlichem Akteur. (vgl. 188f. sowie 194, Schaubild 4.2)

[Kritische Gesellschaftstheoretiker mögen gegen dieses funktionalistische Argument einwenden, dass die Prämisse der steigenden Komplexität nicht zutrifft und Teil des herrschenden Verblendungszusammenhangs ist: Schließlich sind grundlegende politische Fragen immer noch auf Verteilungsfragen, auf Machtverhältnisse und kulturell vermittelte Normen rückführbar, die diskutabel sind. Anders formuliert: Diskurse sind – eine entsprechende Haltung der Teilnehmenden vorausgesetzt – prinzipiell auch nach der postdemokratischen

Wende möglich. Dass sie nicht funktional im Sinne der Autopoiesis sind, kann zugegeben werden: Schließlich ist das Anliegen kritischer Gesellschaftstheoretiker die Überwindung nicht gerechter Verteilungen, nicht legitimer Machtverhältnisse und nicht ethisch begründbarer kultureller Normen. Allerdings – und damit trifft Blühdorn das Kernproblem gesellschaftlicher Entwicklung und schließt im Übrigen nahtlos an die klassische Kritische Theorie Horkheimers und Adornos an – lassen sich die Proponenten der erodierenden Mittelklasse gerne blenden, selbst, wenn es den gesellschaftlichen Niedergang mindestens ihrer Enkel bedeutet, und die Unterklasse partizipiert – ganz im Sinne der subjektiven Nutzenmaximierung – schon längst nicht mehr an den Prozessen der simulativen Demokratie. M. G.]

- Aus der Perspektive der Regierenden und einer an Effizienz ausgerichteten Verwaltung bietet Partizipation:
 1. eine Ressource, über die kostengünstig nicht vorhandenes Wissen generiert bzw. erschlossen werden kann;
 2. eine Entlastung von Verantwortung, soweit aktivierte Bürger eine Entscheidung mit herbeigeführt haben oder sogar selbst ausführen;
 3. eine Kostenersparnis, soweit aktivierte Bürger selbst anstelle staatlicher Institutionen tätig werden;
 4. eine zusätzliche Legitimationsquelle, soweit aktivierte Bürger eine Entscheidung mit herbeigeführt haben.

Jedoch ist diese Partizipation selektiv: Sie wird nur dort gefördert, wo systemkonformes, zusätzliches Wissen benötigt wird und eine im Zuge des new public management bereits getroffene Entscheidung zusätzlich akklamiert werden soll. (vgl. 200ff.)

„Postdemokratische Partizipation bedeutet wesentlich Inklusion in die Exklusionspolitik, kooptierte Teilhabe an der Marginalisierungspolitik, Demokratisierung der zunehmenden Ungleichheit. Denn vor dem Hintergrund sich verschärfender ökologischer und sozialer Konflikte geht es – offen ausgesprochen oder nicht – um die Organisation und Stabilisierung der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit, um die Steigerung der gesellschaftlichen Bewältigungskapazitäten (Resilienz) für die auf Dauer gestellte Nicht-Nachhaltigkeit.“ (203)

Postdemokratische Repräsentation

Da sich das durch die Emanzipation zweiter Ordnung autonome, mit sich selbst identische Subjekt verflüchtigt hat, können seine politischen Interessen nicht mehr repräsentiert werden, und zwar

- weder als Abbilden eines außerhalb politischer Arenen entstandenen Willens, der imperativ mandatiert von ‚Willensverwaltern‘ [meine Formulierung, M. G.] durchgesetzt werden soll,
- noch als *volonté générale*, die im Rahmen freier Mandate von mit Vertrauen ausgestatteten Repräsentanten diskutiert und durchgesetzt werden soll,
- noch als direktes Finden und Verhandeln politischer Entscheidungen durch Diskursteilnehmer als Stellvertreter, wobei die Durchsetzung von vorhandenen Einzelinteressen aufgrund der diskursiven Haltung der Teilnehmer obsolet wird, insoweit der Diskurs also als Verfahren entpolitisiert wird. (vgl. 210f.)

„Die postdemokratische Neubestimmung des Repräsentationsbegriffs zielt also vor allem auf das zur Vorstellung bringen, die Simulation, dass es identische Subjekte im modernistischen Sinne gebe, deren konsistente Werte und Interessen, deren autonomer individueller Wille von den Repräsentanten bottom-up authentisch repräsentiert würden; dass es ein Gemeinschaftsinteresse, eine *volonté générale*, eine kollektive Vernunft gebe, die von den Repräsentanten als Treuhändern repräsentiert würde; und dass es politische Institutionen gebe, die diskursiv, partizipatorisch und inklusiv her-

ausarbeiten [sic!], was zu repräsentieren ist [sic!]. Diskursive Simulation stabilisiert und reproduziert also genau die drei Formen von Subjektivität und Repräsentation, die im Zuge der reflexiven Modernisierung tatsächlich immer problematischer und zunehmend unmöglich werden.“ (214f.)

Dabei ist der Widerspruch zwischen kommunizierter Politikdarstellung und postdemokratischer Politikherstellung allen Akteuren durchaus bekannt; er wird hingenommen, weil solcherart Kommunikation Selbstbestimmung und demokratische Souveränität simuliert und somit erlebbar macht. (vgl. 215)

Postdemokratische Legitimation

Einhergehend mit der Emanzipation zweiter Ordnung und auf sie aufbauend haben sich auch die Muster zur Legitimation demokratischer Entscheidungen gewandelt und zwar in allen ihrer Dimensionen: der Input-, der Output- und der prozeduralen Legitimität. Das spezifisch postdemokratische Legitimationsmuster ist dabei einerseits von einer Entsubjektivierung bzw. Objektivierung von Entscheidungen und Entscheidungsfindungen gekennzeichnet, andererseits von einer jederzeit simulierbaren subjektzentrierten Entscheidungsfindung, die die Entsubjektivierung bzw. Objektivierung tatsächlich zwar nicht ersetzt – obwohl sie im Sinne Baudrillard's als ersetzendes Echtes dargestellt wird –, jedoch ergänzt. (vgl. 221, 225f.)

An die Stelle der direkten oder repräsentativen Partizipation im Rahmen der demokratischen Input-Legitimation tritt in postdemokratischen Verhältnissen die Herrschaft von Expertengremien, denen wissenschaftliche Objektivität zugesprochen wird. Sie benennen angeblich notwendige Handlungsnotwendigkeiten und unterbreiten angeblich sachlich angemessene Handlungsvorschläge. Ergänzend können Formen minimaler Beteiligung von Staatsbürgern z. B. durch Referenden, nicht-institutionalisierte Lenkungsformen (governance), usw. das Selbstverständnis postdemokratischer Bürger als autonome Souveräne erlebbar werden lassen und ihre Souveränität simulieren. (vgl. 226 und 228, Schaubild 4.5)

An die Stelle der subjektbezogenen Effektivität und Effizienz im Rahmen der demokratischen Output-Legitimation tritt in postdemokratischen Verhältnissen die effektive und effiziente Umsetzung des als objektiv notwendig und politisch nicht-verhandelbar Dargestellten. Professionelle Entscheidungsmanager und öffentliche Institutionen geben sich dazu ein service-provider image: Simuliert wird dabei die souveräne Entscheidung des postdemokratischen Bürgers, professionelle Dienstleister für seine politischen Belange eingesetzt zu haben. (vgl. 227 und 228, Schaubild 4.5) Flankierend dazu werden die getroffenen Entscheidungen als rational und im Sinne der Bürger dargestellt. „Rationalisierung bedeutet, so verstanden, nicht die Entsubjektivierung von politischem Handeln, sondern im Gegenteil die nachträgliche Aneignung des Faktischen und Unvermeidbaren durch das Subjekt, die nachträgliche Übersetzung systemischer Imperative in Äußerungen des kollektiven Willens und Gebote der kollektiven Vernunft.“ (227)

An die Stelle der deliberativen, diskursiven Entscheidungsfindung im Rahmen demokratischer prozeduraler Legitimität tritt in postdemokratischen Verhältnissen ein strikt formalisiertes und entpolitisiertes Verfahren. Die Souveränität postdemokratischer Bürger kann in Transparenz- und Rechenschaftsgeboten simuliert und erlebbar gemacht werden, ihre jeweils konkrete rechtliche Umsetzung bleibt jedoch weitgehend unbestimmt und jedenfalls – aufgrund der höchstens durch Repräsentanten getroffenen Entscheidungen – der tatsächlichen souveränen Entscheidung von Staatsbürgern entzogen. (vgl. 226f. und 228, Schaubild 4.5)